

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 3

Inhaltsverzeichnis

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nun hat sich auch US-Präsident Bill Clinton in die Sicherheitsdebatte eingeschaltet. In Brüssel forderte der Nachfolger des Golfkriegers Bush, Europa müsse die «neue Sicherheit» finden – im militärischen, ökonomischen und wertemässigen Bereich. Zum gleichen Zeitpunkt trafen sich die Präsidenten von Bosnien-Herzegowina und Kroatien, Alija Izetbegovic und Franjo Tudjman, auf dem Petersberg in Bonn zu neuen Friedensverhandlungen. Ziel des Treffens war – wie bei allen vorangegangenen Verhandlungen auch – das Ende des Krieges zwischen Muslimen und Kroaten in Mittelbosnien. Derweil die hohen Abgeordneten in Brüssel und Bonn über eine «neue Sicherheit» debattierten, setzten muslimische Truppen zu einer Grossoffensive gegen die kroatische Enklave Vitez an, was die Kroaten schliesslich dazu bewog, die moslemische Enklave Mostar unter heftigen Beschuss zu nehmen.

Das Bonner Gespräch zwischen Izetbegovic und Tudjman blieb ohne Wirkung. Immerhin haben sie sich soweit verständigen können, dass am 18. Januar ein neues Gespräch in Genf stattfinden soll. Bis dahin werden sich die Streithähne im ehemaligen Jugoslawien weiterhin die Köpfe blutig schlagen, und die Nato wird dessenungeachtet auf den Erfolg der 187. Bosnien-Konferenz warten. Militärisch eingreifen, wie weiland im Golf, wollen die Staatschefs nur dann, wenn UNO-Hilfsaktionen behindert werden und UNO-Generalsekretär Boutros Ghali Hilfe anfordert. Tut er das, wird die Nato den Hilfspaketen den Weg freischiessen, nicht aber chirurgisch tätig werden. Der Westen kann schliesslich nicht immer und überall als Weltpolizist auftreten. Vor allem dann nicht, wenn die Ölversorgung nicht gefährdet ist, keine Interessen tangiert werden und die Amerikaner neben Somalia keinen zweiten Übungsplatz benötigen.

Abwarten und verurteilen heisst also die Devise. Schliesslich haben wir an unserer eigenen Not hart genug zu beissen. Clintons Devise «Jobs, jobs, jobs» und seine Aufforderung, Europa solle dem amerikanischen Beispiel folgen, gilt auch für uns. Darum heisst es: Arbeitsplätze schaffen, Gürtel enger schnallen und Ballast abwerfen. Wer das in den nächsten Wochen und Monaten nicht befolgt, riskiert, selbst abgeworfen zu werden. Zum Beispiel jene bernischen Kirchgemeinden, die sich standhaft weigern, abgewiesene Asylbewerber aus Kosovo zwecks Ausschaffung der Polizei zu übergeben. Laut Bundesrat Koller, eingeschriebenes Mitglied der katholischen Kirche, bewegen sich die Kirchen damit in einem rechtsfreien Raum, was gefährlich ist für die Wohlfahrt unseres Landes. Wer vom Bund zur Ausschaffung bestimmt ist, muss auch aus dem vollen Boot rausgeworfen werden, zumal die Situation in Kosovo doch gar nicht so schlimm ist, wie derzeit immer wieder behauptet wird.

Immer wieder klingen die Worte des ehemaligen Flüchtlingsdirektors Peter Arbenz nach: «Wer vor Bomben flüchtet, ist noch lange kein Flüchtling.» Dass uns Bomben, solange sie woanders niedergehen, nicht zu kümmern brauchen, sollten auch die Kirchen endlich einsehen. Tun sie das nicht, muss der Staat eingreifen: Die Politik ist den Politikern zu überlassen! Die verstehen ihr Handwerk und bemühen sich, wie die jüngsten internationalen Konferenzen zeigen, um die Lösung wichtiger Probleme – wenn die Zeit dafür reif ist.

IWAN RASCHLE

Nur das Chaos kann es bringen	Seite 6
Unbekannte Schweiz	Seite 14
Rezessionsrezepte von René Fehr	Seite 23
Clintons Sex-Geflüster	Seite 27
Briefe, Impressum	Seite 29
Nebizin: Comödine fragile	Seite 41
Titelblatt: René Fehr	



**Ernsthafte Ski-Tips von
Rudi Hurzlmeier**

Seite 32